



Table-Of-Contents (Left Column) listing various articles and their page numbers. Includes sections like 'Arbeiterinnen-Rundschau', 'Gedichte', and 'Mitteilungen'.

Table-Of-Contents (Middle Column) listing various articles and their page numbers. Includes sections like 'Arbeiterinnen-Rundschau', 'Gedichte', and 'Mitteilungen'.

Table-Of-Contents (Right Column) listing various articles and their page numbers. Includes sections like 'Arbeiterinnen-Rundschau', 'Gedichte', and 'Mitteilungen'.

### Arbeiterinnen-Rundschau.

### Gedichte.

### Mitteilungen.

### Mitteilungen der Bezirksvereine.

### Von Woche zu Woche.

### Schulndirige und Handwerk.

### Literatur.

### Berichtigung.

### Berichtigung.

### Berichtigung.

## Für die Gewerkschaftsjugend.

Text block below the 'Für die Gewerkschaftsjugend' header, containing introductory or supplementary information.

# Der Schuhmacher

Nürnberg,  
Dienstag, den 29. Dezember 1931

Erbschaft  
wöchentlich am Dienstag  
Postsendungen  
an den Verleger  
Der Schuhmacher  
Nürnberg  
Kaiserstr. 4, Abteil.

# Schuhmacher

Nr. 1 Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg  
45. Jahrgang Zugleich Publikationsorgan der Zentralkrank- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

## Schwarzarbeit

Bekämpfung der „Schwarzarbeit“ im Pirmasenser Gebiet

Infolge der langen und schweren Krise ist in der Schuhindustrie eine Erweichung eingetreten, die als „Schwarzarbeit“ bezeichnet wird. Man versteht darunter die Beschäftigung von Arbeitern, für die feinerlei Sozialbeiträge bezahlt werden, oder aber die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses in den Nebenstunden, nach Aufhebung einer normalen Arbeitszeit, in einem anderen Betrieb. In all diesen Fällen wird entweder die Not oder die Gier nach Ausbeute und untertätigkeitsbegehr. Im meistenten Falle fallen unter den Begriff der Schwarzarbeit auch alle Fälle, in denen heimlich unter Ausnutzung des Tarifvertrages gearbeitet wird.

Diese Erscheinung bedingt eine Schmutzfunktion, unter der Arbeiter und Unternehmer zu leiden haben. Unter dem Umfange dieser Schwarzarbeit geben die Meinungen sehr auseinander. Hinsichtlich der Einparung von Sozialbeiträgen scheinen aber die Verhältnisse nicht so schlimm zu liegen, als vielfach angenommen wurde. Nach einer Feststellung vom 1. Oktober 1931 waren in 31 Industriebetrieben Pirmasens bei den Kranenlohnfirmen, Schuh- und Schuhmachereibetrieben 19 288 Beschäftigte aus der Schuhindustrie angestellt. Zur gleichen Zeit waren beim Arbeitsamt für den gleichen Bezirk 5229 Arbeitsuchende gemeldet. Zählt man alle Arbeitsuchenden hinzu, so ergibt sich, dass die Zahl der Arbeitsuchenden im Verhältnis zu den Beschäftigten im Verhältnis von 1:3,5 liegt.

Schwarzarbeit ist nur in kleinsten Betrieben möglich. Im ganzen Bezirk gibt es 205 Betriebe mit 1 bis 10 Arbeitern, die alle zusammen nur insgesamt 806 Arbeiter beschäftigen. Darunter sind 54 mit nur einem Arbeiter, in der Stadt Pirmasens allein 41. Es handelt sich hier hauptsächlich um arbeitslose Arbeiter und Meister oder Wiederanwärter nach abgeschlossenem Kontrakt, zum Teil auch um früher größere Betriebe, die ganz klein weiter arbeiten. Infolge der Marktlage und Weitergabe der gewinnlosen Betriebe an kleine Ausputzer können in solchen Kleinbetrieben ganz ansehnliche Quantitäten von Ware hergestellt werden. Dies kommt auch die meiste Schwarzarbeit vor. Aber selbst wenn außerdem noch etwa 20 bis 30 nichtangemeldete Betriebe vorhanden sind, überwiegt der Mittel- und Großbetrieb so stark, dass die Schwarzarbeit nicht entscheidend sein kann.

Unter den 441 Betrieben im Bezirk sind sechs, in denen schon 6140 Arbeiter beschäftigt sind. Es handelt sich um die Betriebe mit mehr als 500 Arbeitern. In 39 Betrieben mit 100 bis 500 Arbeitern werden insgesamt 4902 Arbeiter beschäftigt. In der Stadt allein sind von 100 Arbeitern 7203 in Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern beschäftigt.

Auf dem Lande ergibt sich die höchste Beschäftigtenzahl bei 72 Betrieben in der Gruppe von 11 bis 100 Arbeitern, mit insgesamt 2978 Arbeitern. Die nächste Gruppe von 100 bis 500 Arbeitern hat 24 Betriebe und 3501 Arbeiter, während die Gruppe von 500 bis 1000 Arbeiter nur zwei

Betriebe zählt und 1631 Arbeiter. Die Stadtgruppe von 11 bis 100 Arbeiter hat in 119 Betrieben 3849 Arbeiter. Die Massenproduktion erfolgt also in Betrieben, in denen die Beschäftigung von nichtangemeldeten Arbeitern unmöglich ist.

Mit diesen Feststellungen soll natürlich nicht gesagt sein, daß keine bekämpfenswerte Gefahr vorliegt. Unternehmer und Arbeiter sind daran interessiert, bekannt werdende Fälle der Schwarzarbeit zu vermeiden, auf scharfe Kontrollen dieser Art zu drängen und insbesondere auch gegenüber der Justiz zum Ausdruck zu bringen, daß durch Anwendung entsprechender Strafen gegen Unternehmer, die oft die Sozialbeiträge abgeben aber unter schlagen, der Lebenslauf wirksam bekämpft wird.

Die gefährlichste Schmutzfunktion liegt in der untertätigen Beschäftigung, an der auch ganz kleine Betriebe, mit einzelnen Fällen sogar Großbetriebe beteiligt sind. Hier haben gewisse Anweisungen aus den Büros der Fabrikantenvereine verhängnisvoll gewirkt. Den Lehrbuben unter den auf diese Art „Aufgehäuerten“ sind die empfohlenen Entlohnungen mit späterem Lohnabzug unter dem Vorwand „Neuer Artikel“ und die Feilsch mit den sogenannten „Ausgleichsschlüssen“ gelungen, während bei den Meistern dieser Art solche Verträge meistens gescheitert sind. Man sind die „Lehrbuben“ den „Meistern“ über den Kopf gewachsen und sie verließen unter Verletzung der Lehrbuben durch Angliederung in den Methoden konferenzfähig zu bleiben. Von Seiten der Arbeitnehmerorganisationen wurde alles aufgegeben, um den „Schwarzarbeitern“ zu Leibe zu gehen.

In rund 600 Klagen unserer Justizstelle Pirmasens, in etwa 1000 Klagen der beiden maßgebenden Gewerkschaften, in mindestens 1300 Klagen am Arbeitsgericht überdauert, kommt der Kampf gegen die Tarifbrecher zum Ausdruck.

Dazu kommen die zahlreichen Verhandlungen und Arbeitsniederlegungen, die Unterzeichnung der Arbeiter, wenn sie wegen Verweigerung nachträglich bezahlter Arbeit Sperren, Kündigungen, Entlassungen und Mitgliedsverweigerungen sowie die persönliche Bearbeitung der Betriebsangehörigen von Schmutzfunktion treibenden Betrieben. Infolge der Erfolge in dieser Richtung waren bedeutend größer, wenn nicht durch die ungeheure Arbeitslosigkeit gegenüber den Betriebsberatern in den vergangenen Jahren (auch seitens maßgebender Fabrikanten und ihrer Geschäftsführer des Fabrikantenvereins) ein Zustand eingetreten wäre, der viele fähige Arbeiter dazu gebracht hat, im Interesse ihrer Gesundheit und Existenzfähigkeit auf ein Betriebsratsamt zu verzichten.

Auch hier kam es so, daß schließlich die Klein- und Mittelbetriebe durch die von oben betriebenen Methoden ihrer Betriebsräte los wurden, während dies in den Großbetrieben nicht gelang.

Es ist ersichtlich, daß heute alle hinter den Reichsarbeitsvertrag stehenden Fabrikantenverbände ihre Reichsarbeitsverträge, gegen Tarifbrecher vorzugehen und alle Maßnahmen zu unternehmen, die dem gleichen Zweck dienen. Nur durch beiderseitiges schärfes Vorgehen mit allen geeigneten Mitteln gegen die untertätigkeitsbegehrenden Schmutzfunktion, kann der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie befestigt werden.

in der Ausfuhr heute nicht mehr die entscheidende Rolle spielt. Entweder bewirken gewaltige Zölle, Einfuhrverbote, Verweigerung von Zinsen seitens des Auslandes eine völlige Absperzung der deutschen Waren, oder mit Preisfestlegung bequemer werden kann, oder aber es müßten, um einen Teil der Ausfuhr zu fördern, Preisfestlegungen in einem Ausmaß erfolgen, die völlig unerträglich und unwirksam sind. Andererseits kann ein Teil der Ausfuhr erhalten bleiben, selbst wenn die Preise nicht sinken, wenn nämlich das Ausland auf bestimmte Waren aus Deutschland so stark angewiesen ist, daß es sie auch bei den gegenwärtigen Preisen kaufen muß. Gegenüber den angeblichen Vorteilen der Preisfestlegung für die Ausfuhrförderung muß jedoch der große Nachteil einer im Prinzip gestellten allgemeinen Preisfestlegung beachtet werden, daß nämlich, solange Preisfestlegungen erzwungen werden, Produktion und Absatz weiter zurückgehen müssen, da der Käufer die Waren in späterem Zeitpunkt billiger zu beschaffen hoffen. Es sei sich die Preisfestlegungsaktion auf der ganzen Linie auswirken kann, verfehlt selbst im günstigen Fall viel Zeit, während der Produktion und Absatz weiter sinken.

### Die Ausfuhr der Preisfestlegungsaktion

Wenn die Regierung trotzdem sich zugunsten der Preisfestlegung entscheidet, so wäre es erforderlich, daß diese Preisfestlegung sinnvoll und planmäßig vollzogen wird. Die Verwirklichung dieser Forderung ist z. T. Sache der Durchführung, und wir haben allen Grund zu bezweifeln, daß sie derzeit erfolgt, daß von der Preisfestlegung große Vorteile betroffen werden, die heute im Verhältnis zu anderen Preisen überhöht sind und nicht andere, die bereits fast gesunken sind. Jedoch sind die Maßnahmen der Notverordnung selbst derart, daß sie eine sinnvolle Preisfestlegung nicht verhindern.

In der Ausfuhr werden gefordert: a) die Zölle, die auf den Waren von Anfang 1927 gebracht werden sollen; b) die Sozialabgaben; c) die Preise der gebrauchten Wirtschaftsgüter (Kartellpreise, Markenartikel, Werbestoffe, Praxen); d) andere Preise durch Senkung der Produktionskosten; e) die Preise der Rohstoffe; f) die Preise der Halbfabrikate; g) die Preise der Fertigfabrikate.

Es ist uns nicht möglich, unsere Bedenken gegen die Art und Weise der Preisfestlegungsaktion ausführlich zu begründen, und so müssen diese dem Leser genügen. Hinsichtlich der Vollziehung bedeutet der Einbruch in den Arbeitsmarkt eine große Gefahr. Die Arbeitslosigkeit wird von der Preisfestlegung sehr ungünstig mit betroffen, zumal wenn die gegenüber 1927 stark vermehrte Kurzarbeit noch der Abbau der überzähligen Lohn bei der neuen Regelung eintritt. Die Senkung der Lebenshaltungskosten wird den Arbeitern und den Arbeitern, die keinen Auftrieb bei den Preisen unter den Zölen von 1927 erhalten, Vorteile bringen, die anderen wird sie die Vollziehung nur zu einem Teil ausgleichen. Ein allgemeines Urteil darüber, ob und in welchem Umfang die Preisfestlegungsaktion die Arbeitslosigkeit einschränkt, ist schwer möglich. Jedenfalls wäre heute die Preisfestlegung der Arbeitslosigkeit vollstreckungsfähig erforderlich.

Schwer zu tragen ist der Abbau in der Sozialpolitik, die Verschlechterung der Krankenversicherung, wo die freiwilligen Leistungen verschwinden, der Unfallversicherung, wo 400000 Unfallbeschädigte mit weniger als ein Fünftel verminderter Erwerbsfähigkeit um ihre Renten kommen, in der knappschaftlichen Versicherung usw. In diesem Zusammenhang ist jedoch eine Frage, die in der Notverordnung nicht behandelt wurde, von größerer Wichtigkeit noch als der sozialpolitische Abbau: die Frage nämlich der Anwaltschaftlichen Rettung. Diese befindet sich in einer sehr furchtbaren Krise. Die Einnahmen sinken und reichen zur Bezahlung der Rentenverpflichtungen bei weitem nicht aus, während die Verwertung des Vermögens der Insolventenversicherung, aus dem die Renten gezahlt werden können, heute den größten Schweregrad erreicht. Das Schicksal der Notverordnung in dieser wichtigen Frage ist eine schwere Unterlassungssünde.

Die Kritik der Preisfestlegungsaktion beginnt vor allem mit der Feststellung, daß eine Senkung der sonst der hohen Zölle genaugig überhöhten Preise für Getreide, Brot und Futter nicht erfolgte, ebensowenig eine allgemeine Preisobergrenze für andere Lebensmittel. Es die Senkung der Lebensmittelpreise durch stärkere Kontrolle der Handelsspanne, die in der Notverordnung in Aussicht gestellt wurde, geringen kann, ist sehr zweifelhaft. Wahrscheinlich werden die Preise beim meisten Lebensmittel, wie Eier, Mehl, Getreide, Butter, und ohne Preisfestlegungsaktion sinken müssen, da die Zerschmelzung der Kaufkraft die Nachfrage nach diesen Produkten verringern wird. Sollte aber dieser Fall eintreten, so wird eine Verschärfung der Unzufriedenheit der Bauern die Folge sein, die die Futtermittel weiter zu hohen Preisen, die auch durch die Notverordnung nicht verbilligt werden, beschaffen

### Der Schiedsspruch betreffend den Lohnkonflikt in der Schuhindustrie ist auf Seite 6 d. Bl. veröffentlicht

## Die vierte Notverordnung

Die vierte Notverordnung vom 8. Dezember bringt staatliche Eingriffe in die Wirtschaft in einem Ausmaß, wie sie ein kapitalistischer Staat nur während der Kriegszeit hätte kennen können. Bringt Eingriffe in die Privatverträge in großem Umfang, den Einbruch in die Lohnverträge (Überwindung des im Tarifvertrag bestimmten Lohnes), in die Schuldverträge (Zinsherabsetzung), in die Mietverträge (Herabsetzung der Mieten, Veränderung der Kündigungfrist usw.). Zur kapitalistischen Grundbesitz der Vertragsfreiheit wurde durchbrochen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der Notverordnung grundlegende Bedeutung zu. Die Eingriffe, die da erfolgen, sind zum Teil falsch, ja sogar schädlich. Zum großen Teil sind sie ungerichtet, da sie die davon Betroffenen ungünstig beeinflussen oder entlassen. Vor allem haben sie mit dem Staat nichts zu tun, da sie eine neue Einmischung in das Wirtschaftsgeschehen darstellen, ohne einen organischen Wirtschaftskreislauf zu vermitteln. So haben wir allen Grund, diese Notverordnung abzulehnen, gleichzeitig aber das grundsätzliche Bedingungslose an ihr zu erkennen, daß sie nämlich Grundzüge vertritt, die im Wesen nicht veränderlich sind.

vertreten: sie stellt sich in den Dienst der Ausfuhrförderung. Die Ausländer der deutschen Ausfuhr haben sich in den letzten Monaten erheblich vergrößert. Eine Anzahl von Ländern, England an der Spitze, haben sich von der Währungslosigkeit losgelöst und gewonnen dadurch einen Einfluß auf dem Weltmarkt. Neue Zölle, Einfuhrverbote, Abgaben, Sonderzölle, die Währungslosigkeit des Auslandes in einer Anzahl von Ländern bewirken weitere Divergenzen des Weltmarktes. Die Regierung glaubte nun vor der Wahl zu stehen: Entweder die Währungslosigkeit preisgeben oder aber scharfe Zensur der Preise zu erzwingen, um die Konzentration der Weltwirtschaft auf dem Weltmarkt zu erzwingen.

Dem Entschluß, die Notverordnung nicht preiszugeben, muß man unbedingt zustimmen. In Deutschland, das eine Inflation einmal schon durchgemacht, ist die Gefahr der Währungsverwertung im Falle einer Inflation viel größer als in anderen Ländern. So daß der Versuch, die Konzentration der Weltwirtschaft durch staatliche Verankerung der Währung zu erzwingen, mit großen Gefahren verbunden ist, die daher so lange wie möglich vermieden werden müssen. Auf der anderen Seite ist es aber sehr zweifelhaft, ob die deutsche Ausfuhr durch staatliche Preisfestlegungsmaßnahmen erheblich gesteigert werden kann, und wenn ja, ob dann die sich daraus ergebenden Vorteile nicht geringer sind, als die Nachteile einer Preisfestlegungsaktion, zumal wenn diese nicht richtig durchgeführt wird.

Man muß sich besser bewußt sein, daß die Preisfestlegung

leben der Zerschmelzung der Sozialleistungen, von der weiter unten die Rede sein soll, wird die Notverordnung von dem einen Standpunkt her betrachtet: nämlich auf die Ausfuhr. Der allen Ungerechtigkeiten, bei den mannigfaltigen Gesehensweisen einzelner Gruppen, die für die Notverordnung kennzeichnend sind, ist der Grundgedanke der Notverordnung nicht





wird sein, daß sich Gesellschaften den beschaffensten Publizitätsfor-

schritten der Anzeigenform entsprechen.

Neue Einheitsbewertung. Die Bewertung zum Zwecke der Vermög-

steuerliche soll den einschreitenden Wertminderungen Rechnung

tragen. Die Höhe wird eine Verminderung der Steuer sein.

Mineralölsteuer. Die Steuer wird für zwei Jahre auf-

gehoben. Die Erhöhung ist unter anderem folgende:

Steuer für gewerbliche Kraftfahrzeuge. Zur Entlastung des

gewerblichen Kraftfahrzeugsverkehrs und zur Erleichterung der

Verkehrsverhältnisse werden 20 Millionen RM bereit-

gestellt.

Erhöhung von 4-Steuern-Zinsen. Die Absicht, auf diese

Zinsen den Zinssatz zu erhöhen ist am 1. 1. 1932, als gleich-

zeitig die Ausgabungen in den gesamten Sozialversicherung auf

5000 Millionen RM ansteigen, die dabei zu erheblichen Mehrauf-

wandungen für die Sozialversicherung führen. Die Erhöhung

der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

Die Erhöhung der Zinsen wird auf 2 v. H. erhöht.

|                                       |      |                                       |      |
|---------------------------------------|------|---------------------------------------|------|
| Erhöhung der Umsatzsteuer             | 4000 | Erhöhung des Erwerbsteuern            | 3000 |
| Erhöhung der Erwerbsteuern            | 3000 | Erhöhung der Einkommensteuer          | 2000 |
| Erhöhung der Einkommensteuer          | 2000 | Erhöhung der Körperschaftsteuer       | 1000 |
| Erhöhung der Körperschaftsteuer       | 1000 | Erhöhung der Grunderwerbsteuer        | 500  |
| Erhöhung der Grunderwerbsteuer        | 500  | Erhöhung der Schenksteuer             | 200  |
| Erhöhung der Schenksteuer             | 200  | Erhöhung der Erbschaftsteuer          | 100  |
| Erhöhung der Erbschaftsteuer          | 100  | Erhöhung der Vermächtnissteuer        | 50   |
| Erhöhung der Vermächtnissteuer        | 50   | Erhöhung der Hinterlassenschaftsteuer | 25   |
| Erhöhung der Hinterlassenschaftsteuer | 25   | Erhöhung der Abgaben im allgemeinen   | 10   |
| Erhöhung der Abgaben im allgemeinen   | 10   | Erhöhung der Abgaben im besonderen    | 5    |
| Erhöhung der Abgaben im besonderen    | 5    | Erhöhung der Abgaben im einzelnen     | 2,5  |



# Für die Gewerkschaftsjugend

**„Leben“**  
 Leben heißt mit Fleiß und Mühen  
 Suchend nach der Wahrheit ringen,  
 Hell im Inneren brennen anken  
 Und im Kummer nie verzagen.  
 Leben heißt aus edlem Herzen  
 Gutes wirken, Liebe geben.  
 Ja, fürs Menschlein selbst auch leiden  
 Das heißt „Leben“ — wahres Leben. A. M.

## Jugend und Nationalsozialismus

Die Arbeiterjugend sieht sich heute vor große und schwere Aufgaben gestellt. Nationalsozialistische Verbote stellen im Lande umher und wieder die Behauptung gegen Republik und „Marxismus“ auf. Mord und Terror wird verbreitet von unheimlichen Schwärmen, und die Gewerkschaften und deren Führer werden von gewisslosen Demagogen heruntergerissen und verurteilt. Sie werden sich hauptsächlich auf die Jugend, die sie einlagern wollen für die politischen Pläne des braunen Faschismus. Politische Sozialist und Arbeiter, die ebenso gewissenlos wie machtgierig sind, wollen ein Terrorregime errichten, das die Wirtschaft zerstört. Die Arbeiterjugend, die die Wirtschaft zerstört, will man zum Spießfuß in den Händen militärischer Verknöcherter machen. Außer dem Unternehmertum soll nur noch das Militär etwas zu sagen haben, und neben dem eingeschulerten Wehrstudenten soll der gefährliche Gutsbesitzer wieder zur Geltung kommen. Die Gewerkschaften, denen die Revolution die Freunde genommen hat, wollen ihre alte Macht im Staate wieder erlangen. Sie wollen wieder herrschen und regieren, während die Arbeiterjugend geboren und arbeiten soll.

Die Arbeiterjugend hat vom Nationalsozialismus nichts Gutes zu erwarten. Das braune Faschistische Regime wird für uns bedrohlich, weil es die Arbeiterjugend, wenn das braune Faschistische Regime hat, das Terrorregime aufheben, die Jugendorganisationen werden verboten, die Arbeitsdienstpflicht wird eingeführt und die Berufsberatung der Arbeiterjugend wird beseitigt. Die Arbeiterjugend wird zur Arbeit kommandiert und die „Kadettenjugend“ wird die Aufgabe erhalten, die Jugend zu erziehen, die die Arbeiterjugend zerstören. Die SS, deren Führung in den Händen abgetriebener Offiziere liegt, ist Herr über Leben und Tod der Arbeiter-

jugend. Ein Blutregime wird errichtet, ein Massenabschlachten von Arbeitern, wie es beispiellos in der Geschichte ist.

Die Arbeiterjugend sieht sich heute vor große und schwere Aufgaben gestellt. Nationalsozialistische Verbote stellen im Lande umher und wieder die Behauptung gegen Republik und „Marxismus“ auf.

Die Arbeiterjugend sieht sich heute vor große und schwere Aufgaben gestellt. Nationalsozialistische Verbote stellen im Lande umher und wieder die Behauptung gegen Republik und „Marxismus“ auf.

Die Arbeiterjugend sieht sich heute vor große und schwere Aufgaben gestellt. Nationalsozialistische Verbote stellen im Lande umher und wieder die Behauptung gegen Republik und „Marxismus“ auf.

## Kollegen, Kolleginnen! Die Zeiten sind ernst, wie nie zuvor. Duldet keine Unorganisierten in den Betrieben!

„Ach, das ist ja alles Nuisance“, sagt er hastig und ist. Stellen Sie sich doch die Situation vor: ein Mann und eine Frau, beide jung, als Zeithaber auf einer entlegenen Plantage. Es gibt nur einen Ausweg, daß die Zeithaber.

„Ich habe Ihnen einen geschäftlichen Vorschlag gemacht“, sagte er, „unterbreche ich Sie nicht?“

„Ich habe Ihnen einen geschäftlichen Vorschlag gemacht“, sagte er, „unterbreche ich Sie nicht?“

„Ich habe Ihnen einen geschäftlichen Vorschlag gemacht“, sagte er, „unterbreche ich Sie nicht?“

„Ich habe Ihnen einen geschäftlichen Vorschlag gemacht“, sagte er, „unterbreche ich Sie nicht?“

„Ich habe Ihnen einen geschäftlichen Vorschlag gemacht“, sagte er, „unterbreche ich Sie nicht?“

## Jack London Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universalis Deutsche Verlagsgesellschaft, Berlin. — Volkswirtschaftliche Buchverlag, Berlin 30.

(5. Fortsetzung)

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“

„Was über tausend Pfund — keine Rechnungen, wissen Sie. Aber lassen Sie mich die Kontrolle für Sie machen.“



# HAZ = SPIEGEL

## Rede und Antwort stehen!!

### Ein zweiter Aufzug des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms

Nachdem Gunderd Reder sein berühmtes „unabhängiges“ Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten (das allerdings zugunsten des Großgrundbesitzes und anderer kapitalistischer Einrichtungen schon wiederholt abgeändert wurde) der Öffentlichkeit unterbreitet, hatte fälschlich ein anderer Wirtschaftspolitiker der Nationalsozialisten, Dr. Wagner, das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm der Vertreter der mitteldeutschen Wirtschaft in Halle dargestellt. Wesentliche Unterschiede gegenüber dem bisher veröffentlichten Wirtschaftsprogramm haben sich nicht ergeben, die Betonung in den nationalsozialistischen Wirtschaftsforderungen ist nicht geringer geworden. Jedoch lassen sich zwei wichtige Programmpunkte der Nationalsozialisten auf ihre Auswirkung und Wirkung hin besser überblicken als zuvor.

Die von Dr. Wagner erhobenen wirtschaftspolitischen Forderungen könnte man wohl in drei Gruppen teilen: in die erste gehört die Forderung, daß der Lebensraum der deutschen Wirtschaft, namentlich auch mit Ozean, erweitert werden muß. Damit man dabei an Erwerb von Kolonien oder in die Angleichung von benachbarten Gebieten zur Ergänzung des deutschen Wirtschaftsraumes, für beide Fälle kann nur der unbeschränkte wirtschaftliche Alleinvertretungsanspruch der deutschen Wirtschaft in Betracht kommen, die auf eine Abschiebung Deutschlands in die Weltwirtschaft mit der übrigen Welt abzielt. Ausartete ist die Forderung, Einfuhrbeschränkung, Ausfuhrpräferenzen, staatliche Devisenbewirtschaftung sind die Mittel zu dieser Ausartete. In Deutschland wie in anderen Ländern, in welchen die internationalen Wirtschaft und Arbeitskräfte die höchsten Lebensstandards ausbilden, muß bekannt.

Überall wird bereits die Einfuhr eingeschränkt, das Ausbilden staatlich bewirtschaftet, die Ausfuhr mit staatlichen Mitteln gefördert. Doch wäre es richtig, zu fragen, ob diese Forderung dem Lebensstandard des deutschen Volkes, ob sie nicht nur zum Teil fremdweltig, zum großen Teil verantwortunglos Abschiebung zur weiteren Vertarmung und Verdrängung der Völker bei. Ein Antrag zur Ausartete kann nicht oder weniger entstehen, doch bleibt es den Nationalsozialisten vorbehalten, jeden Antrag als einen Vorteil, in seine Erfüllung hineinzufügen.

Der größte Teil des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms im zweiten Aufzug wird wie zuvor dem Windmühlensumpf gegen Gold und Zins anwendbar. Die Nationalsozialisten wollen ausgedehnter Weise den Privatbesitz an Produktionsmitteln und damit die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung aufhalten und glauben der Volkswirtschaft dadurch zu helfen, daß sie die bloßen Hilfsmittel der kapitalistischen Wirtschaft, das Geld und den Zins, annehmen. Der Zinsfuß soll nach Wunsch der Nationalsozialisten auf 2-3 Prozent begrenzt und außerdem das Geldkapital in der Form des beschränkten Vermögens der Kleinrentner, der Kleinrentner durch Zinsbegrenzung gefährdet werden soll. So soll z. B. die Erbschaftsteuer zur Geldrentnerentlastung beitragen. Würde aber der hohe Zins abgeschafft werden, so kann er durch eine Divergenz leicht zurückkehren, welche in der Form des erhöhten Unternehmenszins. Die Bedeutung der Zinsbegrenzung ist deshalb, ob sie den Unternehmen oder den Geldbesitzern, die ihre Kapitalien durch Vermittlung der Banken in den Betrieben investieren, lassen, ausgesetzt werden.

Eine Kontrolle der Produktion und der Preise, die eine die Ausbeutung zum Teil verhindern könnte, wird aber vom nationalsozialistischen Programm nicht vorgeschrieben. In der kapitalistischen Wirtschaft spielen die Export- und Importzölle eine außerordentlich wichtige Rolle. Die Höhe dieser Zölle bestimmt, die durch Vermittlung der Banken den Unternehmen zugeleitet werden, entstehen die Zinsen. Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm muß aber einer solchen Exportzölle keinen Raum lassen, es will auch die Selbstfinanzierung durch die Unternehmen betreiben, und so entsteht die Frage, auf welche Weise die volkswirtschaftlich erforderliche Kapitalbildung zu erfolgen soll, auf die keine Volkswirtschaft verzichten kann, deren die Volkswirtschaft nach und nach lebensfähig werden soll. Die Nationalsozialisten sind sich offenbar des Problems Kapitalbildung, das in einer kapitalistischen Wirtschaft, überaus wichtig ist, überaus nicht.

Die Forderung gegen Geld und Zins führt im übrigen die Nationalsozialisten zu recht eigentümlichen Forderungen. An Stelle der Kapitalbildung und Kapitalbildung mit Zinsen, die Nationalsozialisten die Selbstfinanzierung treiben, bedeutet, daß die Kapitalbesitzer in Zukunft ihre Kapitalien nicht gegen Zins ausleihen sollen, sondern in einer Form, die sich selbst aus sich selbst. Das ist aber in der modernen Wirtschaft nicht möglich. Die Nationalsozialisten wollen ein Wirtschaftsprogramm aufstellen, das die Wirtschaftsentwicklung fördert. Folglich wird man eine Form des Kapitalbesitzes empfehlen, die gerade den Interessen der verschiedenen Arten des Kapitalbesitzes als besonders erwünscht

hinweist. Man kann wohl behaupten, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Umwandlung von feineren und feineren Anteilen in Aktien, die ihren Besitzern zunächst Vorteile bedeuten würden, zur Wiederherstellung der Kapitalbildung jährlicher Unternehmenserträge erwünscht wäre. Solche Unternehmensformen bedürfen einer betriebligen Umwandlung zunächst keine Zinsen abschreiben und erst dann, wenn sie nach Beendigung der Betriebsarbeiten wieder Gewinn erzielen, würden sie statt jenen Zinsen zahlen. Teile in der Art zeigen an vielen Stellen erforderliche Nothilfe kann aber gerade vom nationalsozialistischen Standpunkt nicht verweigert werden. Die Nationalsozialisten fordern die Abschaffung von Zinsbeschränkungen gegenüber dem Gewinn, um die Produktion der Wirtschaft zu begünstigen und die Kapitalbesitzer zu denachteiligen.

Zu scheinen nichts davon zu wissen, daß unter normalen Verhältnissen die Zinsbegrenzung in der Wirtschaft nicht und die Unternehmer der Industrie- und Bergbauwirtschaft deshalb nicht durch Erhöhung des Aktienkapitals, sondern auf dem Anleihewege beschaffen, weil ihnen das letztere billiger kam. Sie zahlen lieber feste Zinsen an die Anleihebesitzer als Zinsen

den an Aktionäre, da die Dividenden normalerweise höher waren als die festen Zinsen. Die Nationalsozialisten brauchen die Unternehmer nicht mit Plänen zu beglücken, wie sie gegenüber den Kapitalbesitzern vorteilhafter abhandeln, die kapitalistischen Unternehmer wollen es besser als die nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker.

Als Endergebnis all dieser nationalsozialistischen Forderungen bleibt die Heberzeugung, daß deren Durchführung die Rolle der Wirtschaft nicht im geringsten erleichtern und in Höchstmaß alles beim alten lassen würde. Die Wirtschaft des Großkapitals würde unangefast bleiben. Die Volkswirtschaft konnte weiter blühen, die Ausbeutung unverändert vor sich gehen.

### Im Dritten Reich regiert die Dummheit

Am „Deutschen Volkswort“ war ein Artikel des offiziellen Organes der Arbeiterbewegung, des „Volklichen Beobachters“, über die Zinsfrage kritisiert worden. Der Verfasser dieses Artikels hat sich mit einer „Aussicht auf den „Volkswort“ geäußert, in welcher folgende Zitate vorzukommen: „Es ist sehr bedauerlich, daß ich selten national-ökonomische Bücher, noch kleineren Verlage ich sie, aber in diesem Fall trifft die Antwort nicht zu.“

Also jemand, der selten national-ökonomische Bücher liest und sie noch weniger versteht, erlaubt sich, über so abstrakte Fragen wie Kapital und Zinsen öffentlich ein Urteil abzugeben. Dennoch kann man sich denken, mit wie wenig Verständnis im Dritten Reich regiert wird. Die Anforderungen des altdeutschen Managers Ergänzten über Regieren mit wenig Verstand von vor 100 Jahren werden demnach im Dritten Reich wieder zur vollen Wahrheit werden. Wenn eine Bewegung den inneren Feinden nicht wird, dann muß man sich nicht wundern, daß sie eine solche Zahl von Anhängern zu werben vermag. Meine Zitate ist zu dünn, sie findet immer ihr Publikum!

## Zentraltarifamt für die Schuhindustrie

### Bekanntmachung

Das Grundsatzgesetz vom 1. Dezember 1928 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, ist durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

Die Zentraltarifämter sind durch das Gesetz vom 1. Dezember 1931 im Reichsgesetzblatt für den Reichsanzeiger Nr. 100, § 1, Abs. 1, Nr. 1, geändert worden.

### Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

| in 100                 | Hauptunterstützungs-<br>Empfänger |                           | Arbeitslos-<br>ausgaben des<br>Staates (in<br>Milliarden) |
|------------------------|-----------------------------------|---------------------------|---|
|                        | Arbeitslosen-<br>versicherung     | Arbeitsunter-<br>stützung |   |
| November 1920.....     | 1290                              | 187                       |   |
| Dezember 1929.....     | 1775                              | 210                       |   |
| Februar 1930.....      | 2370                              | 277                       |   |
| März 1930.....         | 1469                              | 365                       |   |
| Juni 1930.....         | 1407                              | 463                       |   |
| September 1930.....    | 1404                              | 472                       | 656   |
| Oktober 1930.....      | 1511                              | 795                       |   |
| Dezember 1930.....     | 1788                              | 596                       | 774   |
| Januar 1931.....       | 2185                              | 697                       | 877   |
| Februar 1931.....      | 2514                              | 811                       | 958   |
| März 1931.....         | 2590                              | 948                       | 960   |
| April 1931.....        | 2817                              | 1028                      | 1027  |
| Mai 1931.....          | 1807                              | 942                       | 1072  |
| Juni 1931.....         | 1679                              | 929                       | 1074  |
| Juli 1931.....         | 1412                              | 941                       | 1096  |
| August 1931.....       | 1295                              | 1027                      | 1148  |
| September 1931.....    | 1281                              | 1065                      | 1227  |
| Oktober 1931.....      | 1344                              | 1149                      | ca. 1280  |
| November 1931.....     | 1148                              | 1249                      |   |
| 1. Dezember 1931.....  | 1195                              | 1360                      | ca. 1390  |
| 15. Dezember 1931..... | 1248                              | 1390                      |   |
| 31. Dezember 1931..... | 1886                              | 1400                      | ca. 1540  |

